



Gemeinderatssitzung Schüttringen 25. April 2012

Anwesend: Bürgermeister Nicolas Welsch (DP), Schöffe Jean-Paul Jost (SB), und die Räte Pierre Liebaert (DP), Jim Ronk (DP), Marc Lamesch (SB), Victor Back (SB), Jean-Marie Altmann (LSAP), Dany Hardt (LSAP) sowie Jérôme Lehnertz (CSV)

Entschuldigt: Schöffe Jean-Pierre Kauffmann (DP) und Rat Claude Marson (LSAP)

Bürgermeister Welsch (DP) informierte über den Televie: diese große und spektakuläre Veranstaltung brachte in Schüttringen 70.000 Euro ein womit man sich gegenüber den anderen „Centres de promesse“ sehen lassen kann. Die ganze Veranstaltung war eine sehr positive Werbung für die Gemeinde. Im Namen des Schöffen- und des Gemeinderats sagte er allen Privatpersonen, Vereinen, Künstlern, Sportlern, Unternehmen und Institutionen und dem Gemeindepersonal vielen, vielen Dank für ihr ehrenamtliches Engagement und dass sie ihre Freizeit geopfert hatten. Das Organisationskomitee hat eine formidable Arbeit geleistet und den ganzen Tag über war der Campus voller Aktivitäten. In Kürze wird im Kulturzentrum für alle Helfer eine Dankesfeier ausgerichtet. Die Gemeinde Schüttringen ist mittlerweile auch auf Facebook präsent und viele Leute haben sich dort auch schon positiv geäußert. Das einwöchige Jugendfeuerwehrcamp vom ersten April an in Neuhaeusgen war ein großer Erfolg und es herrschte eine gute Stimmung – auch hier ergingen Glückwünsche an die Organisatoren und Helfer. Am zweiten April hatte der Schöffenrat einen Austausch mit den Kollegen aus Niederanven. Es ging um die Reorganisation der Grünschnittanlage auf Senningerberg, die in Zukunft von einem externen Betreiber im Namen der beiden Gemeinden verwaltet werden soll; beglückwünscht wurden dabei auch die beiden Feuerwehrcorps für ihre Initiative zusammenarbeiten zu wollen. Diese Zusammenarbeit soll am 7. Mai mit den beiden Schöffenräten konkreter besprochen werden; angesprochen wurde auch die Sanierung des Flughafens: die Kläranlage in Uebersyren ist der Schmutzfracht seitens des Flughafens zeitweise nicht mehr gewachsen und es wird nun ein Treffen mit dem SIDEEST, dem Wasserwirtschaftsamt, Luxairport und Studienbüros angestrebt, um nach Lösungen zu suchen. Es wird auch eine Zusammenarbeit zwischen dem Syri-Bus und dem Niederanvener Bus Charly ins Auge gefasst und man trifft sich nun am 27. April mit dem Betreiber der Busse, der Firma Emile Weber. Auch die Versammlung der beiden Schöffenräte mit den Betriebsleitern aus den Gewerbegebieten war ein Erfolg. Angesprochen wurden die Beschilderung der öffentlichen Transporte zu den Zonen, der Bürgersteig zwischen Munsbach und Niederanven sowie eine Information über die Betriebe auf den Internetseiten der Gemeinden. Auch die Idee einer Jobbörse auf der Internetseite und im „Gemeengebuet“ wurde vertieft. Im Rahmen der Airregion sind die Gemeinderäte am 3. Mai zu einem politischen Workshop über Mobilität eingeladen und am 8. Juni findet dasselbe über die Gewerbegebiete in den Gemeinden statt. Am 11. Juli ist ein Treffen des politischen Steuerungskomitees über die Frage eines möglichen Syndikats zur Betreuung von neuen Gewerbegebieten geplant. Am 28. April werden 120 Bäume in der Industriezone gepflanzt: die Firma

Ford Luxmotor hatte ihren Kunden beim Autosalon versprochen, dass für jedes verkaufte Auto ein Baum gepflanzt wird und es erging der Dank für diese Initiative im Sinne des Naturschutzes. Am 12. Mai findet eine Waldbegehung des Gemeinderates mit den Förstern und der Umweltkommission statt. Am 20. Mai ist die Messe des 3. Alters in Moutfort und es wird ein Transport dorthin organisiert. Beim Thema sozialer Wohnungsbau im „Leyebierg“ ist der Schöfferrat mit einem schwierigen Dossier befasst. Entgegen den Ankündigungen des vorherigen Schöfferrates ist dieses Projekt alles andere als kurzfristig durchführbar. Mittlerweile wurde festgestellt, dass die Grundstücke zum Teil der Gemeinde noch gar nicht gehören. Der Schöfferrat wird dafür sorgen dass so schnell wie möglich Klarheit geschaffen wird was die Eigentumsverhältnisse angeht um dieses Projekt dann kurzfristig mit der SNHBM umsetzen zu können. In diesem Zusammenhang informiert Nicolas Welsch die Räte dass seit November Baugenehmigungen für neun Häuser erteilt sowie ein PAP für acht Appartements und ein Einfamilienhaus genehmigt wurden, sodass insgesamt in den letzten 6 Monaten Wohnkapazität für 50 Einwohner geschaffen wurde.

Schöffe Jean-Paul Jost (SB) informierte über Schulangelegenheiten. Das Komitee zur Kinderbetreuung in welchem Vertreter der Schule, der Maison Relais, der Gemeinde und der Eltern regelmäßig zusammen kommen werden um den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren im Schulzentrum „An der Dällt“ zu fördern. Die von der Politik vorgeschlagenen Vertretern sind: Michèle Hellers (CSV), Jessica Erpelding (SB), Marcelle Hoffmann-Reiland (DP) und Dany Hardt (LSAP). Die Schulorganisation steht auch soweit, das Schulkomitee hat sie mit den Elternvertretern und dem Inspektor abgeklärt, sodass sie am 23. Mai auf der Tagesordnung des Gemeinderats stehen wird. Seit Ostern wird das Pavillon im Multifunktionsgebäude zeitweise von der Maison Relais genutzt. Die Kinder des Cycle 1 - Spielschule werden über Mittag hier betreut und die zusätzliche Nutzung funktioniert zu vollster Zufriedenheit aller Beteiligten. Trotz Télévie hatte am vergangenen Samstag die „Fondation de l'Architecture“ die Gemeinde besichtigt. Gut 25 Architekten haben sich die verschiedenen Bauprojekte angeschaut: wo wurde was wie gebaut und was soll in Zukunft kommen? Am Bebauungsplan wird intensiv gearbeitet und so fand ein Treffen mit dem für die Dorfentwicklungspläne verantwortlichen Beamten des Landwirtschaftsministeriums statt. Wie versprochen werden die Einwohner im Rahmen einer Bürgerbeteiligung eng in die Ausarbeitung des Gemeindeentwicklungsplanes mit einbezogen werden. Da dies im, vom ehemaligen Schöfferrat ausgearbeiteten Dokumentes nicht vorgesehen war müssen die verschiedenen Dokumente in diesem Sinne umgeändert werden. Die Kosten für die Bürgerbeteiligung bekommt die Gemeinde subventioniert, so wie dies schon beim Gemeindeentwicklungsplan der Fall war. Beim Projekt „am Pratel“, wo derzeit der Kanal gelegt wird, liegt jetzt das Projekt für die Instandsetzung und neue Gestaltung des Straßenraumes vor. Dieses wird in Kürze, mit den Anwohnern diskutiert werden bevor es dann dem Gemeinderat vorgelegt wird. Im SIDOR ist jetzt Paul Weidig aus Esch/Alzette Präsident.

Rat Lamesch (SB) sprach auch im Namen der SB dem Schöffen Jean-Pierre Kauffmann und seiner Mannschaft einen großen Dank für die hervorragende Organisation des Télévie aus.

Politique/ Politik

1.1 Désignation d'un délégué aux transports publics/Bestimmung eines Delegierten für den öffentlichen Transport

Schöffe Jean-Paul Jost (SB) erklärt, dass dieser Vertreter als Koordinator zwischen der Gemeinde und den Instanzen, die mit öffentlichem Transport zu tun haben, fungiert. Der Schöffenrat schlägt wegen seiner beruflichen Kompetenzen Nicolas Welsch (DP) vor. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Rat Jean-Marie Altmann (LSAP) weist darauf hin, dass der neue Zugfahrplan noch nicht auf der Internetseite der Gemeinde steht und den Bürgern auch noch nicht verteilt wurde. Der Bus 144 hatte in letzter Zeit bis zu 30 Minuten Verspätung, was sich mittlerweile zwar auf ein paar Minuten verbessert hat, aber man sollte dennoch beim Ministerium intervenieren.

Bürgermeister Nicolas Welsch (DP) informierte, dass man bereits einen Brief geschrieben hat, der dann wohl auch schon fruchtete. Die Verspätungen waren durch die Baustelle in Hesperingen bedingt, man wird aber weiterhin achtsam bleiben. Was den Zug- und Busfahrplan anbelangt, ist die neue Fassung im Druck.

2. Urbanisme/ Urbanismus

2.1 Approbation du devis, Phase 2, relatif à la réfection de l'église de Schüttrange/Genehmigung des Kostenvoranschlags für die Instandsetzung der Kirche von Schüttringen

Bürgermeister Nicolas Welsch (DP) erinnert, dass der Gemeinderat schon im Januar über das Projekt informiert wurde. Am 5. Januar hatte sich der Schöffenrat mit der Kirchenfabrik sowie dem Kulturministerium und dem Studienbüro getroffen, um zu sehen, wo man mit den Arbeiten und der Planung steht. Weitere Treffen folgten und aufgrund dieser Gespräche wurden nun Pläne und ein Kostenvoranschlag erstellt. Er begrüßte Herrn Daniel Giorgetti vom Büro HLG, der die erste Phase bereits betreute und das Projekt der zweiten Phase vorstellen sollte.

Daniel Giorgetti erläuterte anhand einer Powerpointpräsentation die historische Entwicklung der Schüttringer Kirche und die Ursachen für die Schäden. Er zeigte Fotos, Zeichnungen und Pläne der bisherigen Arbeiten am Gewölbe und dem Dachstuhl sowie der weiteren vorgesehenen Instandsetzungsarbeiten.

Unter Einbeziehung der Kirchenkommission des Kulturministeriums wurden die Arbeiten geplant. In der ersten Phase konnte die Kirche in Betrieb bleiben, die zweite Phase wird sich mit den Innenschäden befassen, sodass ein gleichzeitiger Betrieb nicht möglich sein wird.

Bürgermeister Nicolas Welsch (DP) erklärte, dass sich der Kostenvoranschlag für die erste Phase auf 152.269 Euro belief und 540.000 Euro für die zweite Phase veranschlagt sind. Für 2012 steht bereits ein Kredit im Haushalt, je nach Haushaltslage und Entwicklung wird ein Teil der Kosten auf den nächsten Haushalt übertragen. Die Kirche wird mit diesem Projekt vollkommen und perfekt instand gesetzt, es bleibt aber die Restaurierung der Orgel.

Rat Jim Ronk (DP) betont, dass hier wohl ein hoher Betrag für die Kirche zur Abstimmung steht, dies aber auch wichtig für den Erhalt dieses wertvollen „Patrimoines“ ist. Er fragte, inwieweit sich die Kirchenfabrik an den Kosten des Projekts beteiligt und was vor allem mit der Orgel geschehen wird: wird sie renoviert? Und wenn die Instandsetzung fertig ist, wäre es dann möglich, eine geführte Besichtigung zu organisieren, damit die Leute sehen, was investiert wurde und dass es auch wirklich nötig war.

Bürgermeister Nicolas Welsch (DP) antwortet, dass die Kirche eines der ersten Projekte war, das er sich als neuer Bürgermeister angeschaut hatte und er vom Gebäude und den dort geleisteten Arbeiten sehr beeindruckt war, so dass es sinnvoll wäre, sogar schon während der Arbeiten eine Besichtigung für den Gemeinderat zu organisieren. Über die Orgel wurden Gespräche mit der Kirchenfabrik geführt, denn die Gemeinde ist zwar für das Gebäude zuständig, der Unterhalt des Mobiliars, wozu die Orgel zählt, aber auch die Inneneinrichtung der Sakristeien, obliegt der Kirchenfabrik. Er ist optimistisch, dass die Kirchenfabrik sich einbringen wird, denn es besteht ja ein Interesse daran, dass alles hinterher im guten Zustand ist.. Derzeit ersetzt eine elektronische Orgel die Kirchenorgel, aber die Frage einer neuen Orgel wird sich früher oder später stellen.

Rat Marc Lamesch (SB) fragte, wo denn die große Differenz zwischen dem ursprünglichen Kostenvoranschlag für die zweite Phase und dem hohen Betrag, der nun gestimmt werden soll: sind denn zusätzliche Arbeiten vorgesehen?

Bürgermeister Nicolas Welsch (DP) erklärte, dass die Instandsetzung der zwei Sakristeien mit jeweils 25.000 Euro sowie Isolationsarbeiten und kleinere Flickarbeiten für 42.000 Euro zusätzlich vorgesehen sind, damit die Orgel auch anständig funktionieren kann, wenn sie einmal renoviert wurde. In den Budgets von 2011 und 2012 stehen insgesamt 600.000 Euro. Gut 152.000 Euro wurden für die erste Phase verarbeitet und 540.000 Euro stehen also mit den Zusatzkosten von 92.000 Euro jetzt noch an. Ursprünglich war noch eine dritte Phase vorgesehen, die aber nun im Rahmen der zweiten Phase mit erledigt wird.

Rat Jean-Marie Altmann (LSAP) regte an, eine Dokumentation der Arbeiten mit Fotos erstellen zu lassen, um die Arbeiten in einem Büchlein festzuhalten.

Rat Pierre Liebaert (DP) meinte, dass man ja ein Buch zum Verkauf herausgeben könnte, dessen Erlös in die Renovierung der Orgel einfließen könnte.

Bürgermeister Nicolas Welsch (DP) präzierte den Zeitplan: geplant ist, nach den Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag am 23. Juni die Arbeiten zu beginnen und dann alles daran zu setzen, dass die Kommunionfeier im nächsten Jahr wieder in der Kirche stattfinden kann.

Rat Marc Lamesch (SB) fragte, wo die Messe in der Zwischenzeit stattfinden wird. Pfarrer Nico Schartz informierte darüber, dass dies abwechselnd in Niederaanven und Hostert der Fall sein wird.

Der Kostenvoranschlag wurde einstimmig gebilligt.

2.2 Approbation des plans et devis relatifs au réaménagement des bureaux administratifs de l'administration communale/ Genehmigung der Pläne und des Kostenvoranschlags für den Umbau des Gemeindehauses

Bürgermeister Nicolas Welsch (DP) erinnerte daran, dass in der Schöffenratserklärung festgehalten ist, dass die Empfangsbedingungen für die Bürger und die Arbeitsbedingungen für das Personal, die sehr schlecht sind, verbessert werden sollen. Unverzüglich hat man sich dann auch mit dem Büro „Made“ und mit dem Personal zusammengesetzt und das Thema diskutiert. Es ist jetzt so geplant worden, dass der Umbau so billig, so einfach und so funktionell wie möglich sein soll und dass ein Maximum an Möbeln in einem späteren Neubauprojekt wiederverwertet werden kann. Er übergab das Wort an Herrn Bosch vom Büro „Made“, der die Pläne und Kosten im Detail vorstellte.

Ziel des Projekts ist es, neue Arbeitsposten unterzubringen und für das Populationsbüro einen neuen Bereich zu schaffen, wo die Bürger diskreter ihre Anliegen vorbringen können und auch einen zentralen Wartebereich vorzusehen. Der technische Service wird deswegen aus dem Gemeindehaus ausgelagert und bezieht die dafür umzubauenden Räumlichkeiten der jetzigen Versammlungssäle im ersten Stock der alten Schule. Die Umbaukosten belaufen sich auf 379.177 Euro für das Gemeindehaus und 178.428 Euro für die alte Schule.

Rat Marc Lamesch (SB) fand den Plan ganz gut. Er fragte ob zwischen Eingang der Gemeinde und dem Wartebereich eine Tür vorgesehen ist und ob der Empfangsschalter im Eingang auch geschlossen ist, damit das Empfangspersonal dort vor Zug und Kälte geschützt ist. Herr Bosch bestätigte dies. Zu den Kosten sagte er, dass es mit 550.000 Euro eine erhebliche Investition ist, zumal sie nur für einige Jahre ist, denn der ganze Platz soll ja im Rahmen eines Architektenwettbewerbs umgestaltet werden. Man könne dies mit gutem Gewissen billigen, denn die neuen Räumlichkeiten werden für das Personal und für eine bessere Qualität beim Empfang der Bürger gebraucht. Man sollte aber in diesem Zuge auch die Treppe und die Tür zum Pfarrhaus instandsetzen, die schäbig aussehen.

Bürgermeister Nicolas Welsch (DP) gab ihm Recht, die Treppe sei allerdings schon ausgebessert und die Türen vom Pfarrhaus, von der Gemeinde und der alten Schule wurden schon in Auftrag gegeben, konnten wegen der Witterungsverhältnisse aber noch nicht in Angriff genommen werden.

Rat Jérôme Lehnertz (CSV) fragte, ob im Gemeindehaus auch eine Klimaanlage vorgesehen ist, denn im Sommer würde das Personal dort unter der Hitze leiden und man riskiere, dass es den Leuten im Wartebereich dann nicht besser geht.

Bürgermeister Nicolas Welsch (DP) sagte, dass die Bemerkung ganz richtig ist, dies aber nicht ins Auge gefasst wurde, weil es sich um eine Übergangsphase von vier bis fünf Jahren handelt und man behutsam mit den öffentlichen Finanzen umgehen möchte. Das wäre immerhin eine Investition in Höhe eines Betrags mit fünf Nullen. Auch **Rat Marc Lamesch (SB)** meinte, dass man die Kirche im Dorf lassen sollte, weil es sich um eine Übergangslösung handelt.

Rat Jean-Marie Altmann (LSAP) drückte seine Hoffnung aus, dass das Mobiliar, in das 140.000 Euro investiert werden, in dem neuen Gebäude weiter verwendet werden kann, was Bürgermeister Nicolas Welsch (DP) bestätigte.

Schöffe Jean-Paul Jost (SB) wies noch darauf hin, dass dann die zwei Versammlungsräume in der alten Schule nicht mehr zur Verfügung stehen, dass man aber dabei ist, die Schule in Munsbach entsprechend herzurichten, sodass die verschiedenen Kurse und Versammlungen dort stattfinden können.

Rat Jérôme Lehnertz (CSV) fragte, wo das Personal im Gemeindehaus während des Umbaus arbeiten wird.

Bürgermeister Nicolas Welsch (DP) teilte mit, dass in der alten Schule mit dem Umbau begonnen wird und wenn die Büros für den technischen Dienst fertig sind ja ein Teil im Gemeindehaus frei wird, der dann vom Sekretariat genutzt wird. Der Empfang muss auf alle Fälle ebenerdig bleiben. Ob man ihn im aktuellen Sitzungssaal installiert oder einen Container einsetzt, wird noch geprüft. Es soll jedenfalls so wirtschaftlich und so billig wie möglich gemacht werden.

Einstimmig wird das Projekt gebilligt.

2.3 Approbation d'un acte de cession gratuite concernant la voirie publique, „rue de Canach“ à Schuttrange/ Genehmigung eines Schenkungsaktes

Bürgermeister Nicolas Welsch (DP) erklärte, dass am 18. April ein Notarakt unterschrieben wurde zwischen der Familie Schroeder einerseits sowie dem Schöffenrat andererseits, der nun vom Gemeinderat angenommen werden muss. Dabei handelt es sich um drei kleine Parzellen von insgesamt rund zwei Ar, auf denen der Bürgersteig der Gemeinde liegt, die gratis übertragen wurden.

Rat Jim Ronk (DP) war der Meinung, dass dies schon 2006 oder 2007 hätte geschehen müssen, als die Grundstücke als Baugrundstücke verkauft wurden, weil man kein Terrain verkaufen kann, auf das man keinen Zugang hat. Die Grundstücke befinden sich zudem im Überschwemmungsgebiet, sodass er die Frage aufwarf, wie sie überhaupt als Baugrundstücke verkauft werden konnten.

Bürgermeister Nicolas Welsch (DP) antwortete, dass das zwei gute Fragen sind. Es ist ein komplexes Dossier, bei dem die ganze Geschichte ganz schwer nachvollziehbar ist. So fand er im Dossier einen Brief vom Mai 2006, in dem der damalige Bürgermeister dem Wasserwirtschaftsamt über ein Grundstück gegenüber von dem, über das wir hier reden, schreibt, dass es auf keinen Fall als Bauland genutzt werden könne, weil es im Überschwemmungsgebiet liege und vorgesehen sei, es im neuen Bebauungsplan als Grünzone zu klassieren. 2007 wurde dann in Bezug auf das hier betroffene Grundstück, welches der Familie der damaligen Schöffin gehörte, in einem weiteren Schriftstück zertifiziert, dass es für Wohnzwecke reserviert sei und für die Bebauung des Grundstücks kein Teilbebauungsplan (PAP) notwendig sei. Die PAP- Prozedur hätte aber, so Bürgermeister Nicolas Welsch (DP), den Vorteil gehabt, dass ein PAP im Gemeinderat öffentlich hätte diskutiert werden müssen und jeder in der Gemeinde die Möglichkeit gehabt hätte, über diese Aufteilung informiert worden zu sein und seine eventuellen Einwände einzubringen. Wir haben hier also einen Widerspruch, weil einerseits gesagt wurde, ein Grundstück könne nicht bebaut werden und andererseits das Grundstück gegenüber als Bauland ausgewiesen wurde. Ich will das nicht kommentieren, sondern zitiere nur aus dem Dossier. Was nun das Überschwemmungsgebiet anbelangt: vor anderthalb Jahren wurden vom Innenministerium Karten veröffentlicht, die wir hier im Gemeinderat auch begutachteten und aus denen klar hervorgeht, dass die Grundstücke in einer

vom Innenministerium als Überschwemmungsgebiet definierten Zone liegen. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Wir wurden als Gemeinde von Eigentümern ersucht, dass sie ihre dort liegenden Grundstücke gerne verkaufen respektiv bebauen würden und wir haben ihnen klar gesagt, dass sie im Überschwemmungsgebiet liegen. Wir wollen Leute, so wie es unsere Pflicht ist, darauf aufmerksam machen, dass sie wenn sie solche Grundstücke kaufen und bebauen, mit den entsprechenden Konsequenzen rechnen müssen.

Rat Jim Ronk (DP) stellte fest, dass man ja dann sagen kann, dass die Leute, die dort gekauft haben, angeschmiert wurden.

Rat Marc Lamesch (SB) sagte, dass er das Dossier ja gut kennt und bei seiner Meinung bleibt, dass die ganze Sache nicht sauber war. Wie kann man ein Grundstück verkaufen, zu dem der Käufer keinen Zugang hat. Das allein ist ja schon eine phänomenale Sache. Er wies darauf hin, dass er schon vor 2005, als es um einen PAP ging, der noch weiter von der Syr weg lag und wegen des Wassers verlagert wurde, gesagt hat, dass man jetzt ja wohl den Mut aufbringen sollte, die Grundstücke, die auf diesem Gebiet liegen, als Überschwemmungsland auszuweisen, denn auch ohne die Karten vom Innenministerium stand ja damals auch schon Wasser dort. Diesen Mut sollte man jetzt beim neuen Bebauungsplan haben, damit die Leute wissen, was sie kaufen. Zum Übergang könnte man in die schriftliche Partie des Bebauungsplans einen entsprechenden Vermerk aufnehmen.

Rätin Dany Hardt (LSAP) betont, dass auch wenn es damals vielleicht eine sonderbare Sache war, man nicht vergessen sollte, dass diese Leute Grundstücke haben, die nun einmal im Bauperimeter liegen und man nun eine faire Regelung finden sollte. Entweder man kauft ihnen die Grundstücke ab oder man sagt klar, dass sie im Bauperimeter liegen und weist die Leute, die dort bauen wollen auf die Situation hin. Es gibt viele Leute, die kein Problem damit haben, keinen Keller zu haben. Das ist ja keine Sache der Unmöglichkeit.

Rat Marc Lamesch (SB) sagte, dass die Gemeinde aber nicht das Recht hat, jemandem zu verbieten, einen Keller zu bauen und dass durch die Wasserverdrängung für die Nachbarn dann Probleme entstehen können. Wir müssen eine Reglementierung für die Überschwemmungsgebiete ausarbeiten die klipp und klar festlegt dass man dort nicht unterkellert bauen darf.

Rätin Dany Hardt (LSAP) fragte, ob für diese Grundstücke normale oder billigere Preise verlangt wurden.

Rat Marc Lamesch (SB) antwortet, dass die Preise nicht günstiger waren als für normale Bauplätze.

Rätin Dany Hardt (LSAP) stellte fest, dass das ganze ja keine angenehme Situation ist für die Leute, die diese Grundstücke nun besitzen. Es muss ein Arrangement mit der Gemeinde gefunden werden, dass ein Privatmann durch so eine Situation nicht ruiniert wird.

Bürgermeister Nicolas Welsch (DP) betont, dass das genau die schwierige Situation ist, in der die Gemeinde sich befindet und man sich das auch nicht leicht gemacht hat, in das Zertifikat für den Verkaufsakt einzutragen, dass sich das Grundstück in einem Überschwemmungs-/Risikogebiet befindet, dass kein direkter Zugang dazu besteht, dass es erst bebaut werden kann, wenn die Gemeinde die Kosten für das Anlegen des Bürgersteigs bezahlt bekommen hat, was momentan nicht der Fall ist und dass es nicht direkt bebaubar ist, weil vorab das Wasserwirtschaftsamt eine Genehmigung erteilen muss und Bedingungen stellen wird. Wir können als Gemeinde nicht verhindern, dass ein Keller gebaut wird, aber derjenige, der dort bauen will, hat jetzt ein Schriftstück über die genaue Situation in der Hand und muss sich gut überlegen, was er machen will. Wir haben transparent alle Informationen weitergegeben, die wir haben.

Rätin Dany Hardt (LSAP) fragte, ob die Gemeinde die Grundstücke nicht als Grünzone übernehmen kann.

Bürgermeister Nicolas Welsch (DP) erwidert: Gerne, wenn wir sie für den Preis einer Grünzone bekommen.

Rat Marc Lamesch (SB) sagte, dass die Personen, die damals das Ganze gedreht haben, ganz genau wussten, was sie machen, denn es wurde öffentlich darüber diskutiert und stand auch in der Zeitung. Er kann nicht einverstanden damit sein, dass die Gemeinde einen hohen Preis für etwas bezahlen soll, mit dem andere sich finanziell gesegnet haben. Dann sollen sie zu den Leuten gehen, die ihnen das verkauft haben. Der Schöffenrat hat sich hier menschlich und fair verhalten.

Rat Pierre Liébaert (DP) wies darauf hin, dass dann ja jeder, der in der Überschwemmungszone liegt von der Gemeinde verlangen kann, dass die Gemeinde sein Grundstück kauft und das kann man als Gemeinde gar nicht machen. Die nächsten, die dort kaufen oder bauen wollen, müssen wissen, auf was sie sich einlassen, mehr kann man als Gemeinde nicht tun.

Bürgermeister Nicolas Welsch (DP) schlägt vor, dass der Gemeinderat den Schöffenrat damit mandatiert, eine Änderungsprozedur des schriftlichen und graphischen Teils des Bebauungsplans einzuleiten zwecks Anpassung der baulichen Bestimmungen für die Überschwemmungszonen damit in Zukunft die Gemeinde das Recht hat eine Baugenehmigung in so einer Zone nur unter gewissen Bedingungen zu vergeben.

Einstimmig wird der Schenkungsakt genehmigt und das Mandat an den Schöffenrat erteilt.

2.4 Approbation d'un acte de vente concernant la voirie publique, rue Principale à Munsbach, Parc d'activité - Syrdall/ Genehmigung eines Kaufaktes

2.5 Approbation d'un acte de vente concernant la voirie publique, rue Principale à Munsbach, Parc d'activité - Syrdall/ Genehmigung eines Kaufaktes

Schöffe Jean-Paul Jost (SB) erklärte, dass beide Kaufakte nötig wurden, weil die Gemeinde Privatgrundstücke für öffentliche Straßen in Anspruch nehmen musste. Bei der Instandsetzung der Hauptstraße in Munsbach auf der Höhe der Industriezone wurde das Grundstück der Marbrerie Bertrand tangiert, sodass nun 4,65 Ar zu 700 Euro pro Ar abgekauft wurden, wobei sich der Staat zu 50% an den Gesamtkosten von 3255 Euro beteiligt. 2,9 Are des Grundstücks der Familie Bertrand wurden gegenüber für das Anlegen des Bürgersteigs benötigt, es fallen 2030 Euro an.

Rat Marc Lamesch (SB) war der Meinung, dass der Staat für die Gesamtkosten aufkommen sollte. Beide Akte werden einstimmig gebilligt.

Approbation provisoire d'un projet d'aménagement particulier à Schüttringen, „rue du Village“/ Provisorische Genehmigung eines Teilbebauungsprojektes in Schüttringen

Schöffe Jean-Paul Jost (SB) erklärte, dass auf einem Grundstück von 16,78 Ar in der „rue du Village“ in Alt-Schüttringen vier Einfamilienhäuser und ein Mehrfamilienhaus mit vier Wohnungen entstehen sollten. Da der PAP aber über die Bestimmungen des Bebauungsplanes der Gemeinde hinausgeht hat die staatliche Kommission verschiedene Einwände formuliert, unter anderem weil Abstände zum Nachbargrundstück nicht eingehalten wurden. Weil die Bebauungsdichte bei 48 Einheiten pro Hektar liegen würde, die Zielsetzungen aber nur 30 vorsehen, verlangte der Schöffenrat dass eine Wohneinheit entfallen müsse. Mit der jetzigen Dichte von 42 Einheiten pro Hektar erklärt man sich bei diesem Projekt ausnahmsweise einverstanden da es in einer Übergangsperiode ausgearbeitet wurde und der ehemalige Schöffenrat seine Zustimmung für 9 Wohneinheiten gegeben hatte. Zusätzlich verlangt wurde auch, dass der Bürgersteig auf 1,50m verbreitet wird und verschiedene Änderungen an den Fassaden vorgenommen werden. Auch muss die Chornische, die auf 7,50 m heruntergezogen werden, denn vom Niveau der Straße aus gesehen, wirkt das Gebäude einfach zu mächtig.

Rat Marc Lamesch (SB) erklärte sich mit dem vorliegenden Projekt einverstanden. Er gab dem Schöffenrat noch als Anregung mit auf den Weg darauf zu achten, dass die geplante Dachterrasse entlang der „rue de la Forêt“ mit einem Geländer anstatt mit einer Mauer abgesichert werde umso diesen Anbau der direkt an die Straße grenzt etwas leichter zu gestalten.

Einstimmig wird dem PAP provisorisch zugestimmt.